



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Leipzig.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

fern liegt, denn gibt Preußen Frankreich und Oestreich freies Spiel im Süden, so hat es dann später wahrscheinlich den Kampf mit den besser gerüsteten Gegnern allein aufzunehmen, während jetzt, mag man auch noch so gering von der italienischen Armee denken, dieselbe doch einige Corps Frankreichs beschäftigen würde. Viel wird bei dem Gang, den die Dinge zunächst nehmen werden, auf die Haltung Italiens ankommen, eine bedeutende Politik läßt sich dort schwerlich erwarten.

Die Politik Ratazzis war die eines kleinlichen Intriguanen; auf Schleichwegen zum Ministerium gelangt, begann er über eine Allianz mit Frankreich gegen Deutschland zu unterhandeln, der Dank dafür war die Mission des Generals Dumont; Cavour hätte dieselbe mit der Kündigung der Septemberconvention beantwortet, Ratazzi gab sich mit einer nichts sagenden Erklärung Moustiers zufrieden, um nicht die Gunst in Paris zu verscherzen. Sein Fiasko im October mag ihn über den Erfolg dieser Politik belehrt haben. Menebrea hat mit einem Rückzug debütirt, und auch jetzt sieht man wohl gute Absicht, aber keinen festen klaren Willen. Die ganze endlose Debatte in Florenz macht überhaupt einen peinlichen Eindruck: gegenseitige Anklagen und ohnmächtige Deklamationen füllten die Sitzungen aus, statt daß man offen und kurz erklärte, man sei jetzt nicht im Stande, das römische Programm durchzuführen, halte aber an demselben fest und stelle sich dafür frei hin, indem man die Septemberconvention als beseitigt betrachte. Wie sich die Dinge, nach dem nun auch die von Anfang an aussichtslose Conferenz formell gescheitert ist, weiter gestalten, ist kaum zu berechnen, aber seit lange hat, zumal bei der gleichzeitig wiederaufwachenden orientalischen Frage, kein Jahr unter so drohenden Auspicien für den Weltfrieden geschlossen, als das gegenwärtige; nicht umsonst hat der Baarvorrath der französischen Bank die noch nie erhörte Ziffer einer Milliarde erreicht: der Geschäftsmann macht gern große Zinsen, aber lieber keine, wenn das Capital in Gefahr kommt.

Aus Leipzig.

Das erste Jahr des norddeutschen Bundes ist vorüber, gefüllt wie kein früheres mit parlamentarischen Versammlungen, Verträgen, den wichtigsten Acten der Gesetzgebung. Der gehobenen Stimmung und unsichern Erwartung im Anfange des Jahres ist Befriedigung, Ernüchterung, hier und da eine starke Reaction im Interesse früherer Zustände gefolgt; nicht auf jedem

Gebiete des Lebens ist dem Deutschen das frohe Gefühl erhöhter Kraft gekommen. Handel und Verkehr litten schwer unter der drohenden Haltung Frankreichs, nicht weniger unter den Folgen einer englischen und amerikanischen Geschäftskrisis und unter den socialen Sorgen, welche eine ungenügende Ernte fast allen Landschaften des neuen Staates bereitet; die Schneeflocken fallen auf Fluren und Dächer eines ernsten und sorgenvollen Volkes.

Auch politischer Mißerfolg hat geschmerzt, und bei Regelung der Bundesverhältnisse blieb manches hinter dem Wunsch zurück, welchen die großen Entscheidungen des Jahres 1866 aufgeregt hatten. Dennoch würde der Deutsche sehr ungerecht gegen die Gewalten sein, welche sein Schicksal regieren, wenn er aus den Resultaten der verflossenen Monate nicht Muth und Hoffnung holen und nicht eine Steigerung der nationalen Kraft erkennen wollte.

Es ist das Prinzip einer allmählichen Verbrüderung der deutschen Staaten und allmählicher Einordnung der höchsten nationalen Interessen unter eine Bundesregierung und einen Reichstag, auf den wir nach einigen acuten Territorialveränderungen zurückgekommen sind: es ist das alte Prinzip des Bundesstaates unter preussischer Führung. Das Jahr 1866 hat das Haupthinderniß dieses nationalen Wunsches, den Dualismus zwischen Preußen und Oestreich, beseitigt, und es hat die Herrenstellung Preußens durch die Annexionen zweifellos gemacht, denn es hat diesem Staat mit der Nordsee und geschlossenen Grenzen fortan die Möglichkeit gegeben, auch ohne solchen Bund zu bestehen. Darin liegt fortan das Uebergewicht des führenden Staates, er bedarf der andern weit weniger, alle andern vermögen ihn weit weniger zu entbehren. Im Jahr 1866 konnte Herr v. Beust noch meinen, eine Wahl zu haben; im Jahr 1867, wo Preußen Herr der deutschen Nordseeküsten und der Schienenwege nach Hamburg und Bremen ist, wäre auch ohne jede Bundespflicht für die Regierung Sachsens eine preußenfeindliche Politik unmöglich. Die ersten Forderungen, welche den souveränen Regierungen nach dem Frieden von Prag von dem neuen Preußen gestellt wurden, traten als herrische Zumuthungen auf, aber auf Grundlage derselben hat sich eine vorsichtige und rücksichtsvolle Behandlung der neuen Bundesgenossen eingerichtet. Die Grundlage des Bundesstaates sind Verträge und Vereinbarungen souveräner Regierungen geblieben.

Wir sind also auf eine verhältnißmäßig langsame Vollendung des deutschen Staatsbaues angewiesen, auch in unserer nächsten Zukunft werden Verzögerungen und Mißerfolge nicht ausbleiben. Dieses Jahr hat erwiesen, daß die Südstaaten ohne ernste Gefahr für Deutschland als Tummelplatz französischer, östreichischer und ultramontaner Einflüsse auf die Länge dem Bunde nicht fern bleiben können, und daß selbst die Zoll- und Heeresverträge keine Sicherheit geben, solange nicht dem Bund die Oberaufsicht über die militä-

rischen Einrichtungen zusteht. Nur die patriotische Haltung Badens läßt uns die einige Hoffnung, daß das nächste Jahr dort die Nothwendigkeit eines Eintritts in die norddeutsche Conföderation nahe legen werde.

Die Gesetzgebung des Bundes gibt der Parteikritik Blößen. Aber jedermann kann sich sagen, daß es bei großen Neubildungen zunächst darauf ankommt, die wesentlichen Punkte des Gewonnenen zu befestigen; an Fähigkeit und an Gelegenheit zu weiterer Ausführung wird es dem systematischen Sinn der Deutschen nicht fehlen. Als den größten Gewinn für das Verfassungsleben der Deutschen aber betrachten wir in diesem Jahre die Bildung einer großen nationalen Partei, welche dem Bundesstaat eine Unterstützung durch die Liberalen sichert.

Und noch ein anderer großer Fortschritt ist eingeführt. Wir haben für die höchsten Angelegenheiten der Nation das Einkammersystem angenommen. Bereits macht sich die Wirkung dieses neuen Prinzips auf den Landtagen der Einzelstaaten geltend, in Preußen, in Sachsen, in Bayern. Wenn man bisher die deutschen Herrenhäuser als Hemmnisse unserer politischen Entwicklung auffaßte, griff man nicht das Prinzip, sondern die zufällige Zusammensetzung oder gar die Personen an, welche in die erimirte Stellung geschickt waren. Aber nicht in den Mängeln der Zusammensetzung liegt für uns das Unhaltbare eines Oberhauses, sondern in der unwahren Idee, auf welche sie gegründet ist. Es gibt in Wahrheit keine politisch wichtigen Herreninteressen; und die Vorurtheile und zufälligen Stimmungen einer Anzahl distinguirter Individuen in besonderem Hause zu sammeln und zu einem Faktor der Gesetzgebung zu machen, liegt weder im Interesse der Regierungen, noch des Volkes. Auch als retardirendes Element, welches gegen Ueberstürzungen oder excentrische Wünsche der Volksvertretung zu sichern habe, sind unsere Herrenhäuser ohne Gewicht, weil sie außerhalb des Hauses keine Macht darstellen, auf welche sich eine mit den Vertretern des Volks verfeindete Regierung zu stützen vermag, sobald die Aufregung im Volke in Wahrheit hochgestiegen ist. Wir Deutsche hätten für ein Herrenhaus nur eine Kategorie von Persönlichkeiten, und das sind unsere Herren, die Häupter der jetzt regierenden Familien und ihre präsumtiven Thronfolger.

Das allgemeine Wahlrecht für den Reichstag hat in mehreren Landschaften eine Bewegung für ausgedehntes Wahlrecht hervorgerufen. Nirgend mit größerer Berechtigung als im Königreich Sachsen, wo auch die Regierung empfand, daß sich mit den fast abenteuerlichen Beschränkungen des Wahlgesetzes nicht mehr auskommen lasse. Wenn aber diese Agitation hier und da das allgemeine Wahlrecht auch für die Landtage fordert, so sind wir der Meinung, daß die nationale Partei sich hüten sollte, ein solches Experiment zu begünstigen, es ist vielmehr ihr Interesse, den Modus

festzuhalten oder einzuführen, welcher der besten Intelligenz des Landes die größten Aussichten gewährt.

Der Stadt, in welcher diese Zeilen geschrieben werden, brachten die letzten Tage einen besonderen Beweis, daß die Constituirung des norddeutschen Bundesstaats vollendet sei, die preussische Besatzung Leipzigs wird herausgezogen, die Garnison wieder sächsischen Bundestruppen übergeben. Von officiösen Correspondenten Preußens wurde die Maßregel als ein Zeichen des herzlichsten Einvernehmens zwischen den beiden hohen Regierungen hervorgehoben, wie auch Graf Bismarck die Bundeestreue Sachsens mit warmen Worten gerühmt hat. Erfreut enthalten wir uns darüber jeder eigenen Reflexionen. Wir haben aber für das Zurückziehen der preussischen Truppen einen andern Grund anzuführen: die Besatzungen von Leipzig und Bauzen waren nach Erfüllung der Bestimmungen des Separatvertrages vom 7. Febr. 1867, welche dem Staat Sachsen ein eigenes geschlossenes Armee-corps und Sr. Majestät dem König von Sachsen gegenüber andern Bundesfürsten einige souveräne Prærogative mehr zutheilte, eine bloße Demonstration geworden, welche den sächsischen Localpatriotismus der Regierenden und Regierten dauernd demüthigte. Da ein gutes Einvernehmen mit Sachsen bereits werthvoll geworden ist, so war solche Demüthigung nicht weise. Die Besetzung zweier Grenzstädte hatte aber auch keine militärische Wichtigkeit, wenn eine Viertelmeile davon Truppen unter sächsischen Commando lagen, deren Officiere an den kriegerischen Traditionen und Anschauungen der tapfern sächsischen Armee ihr Selbstgefühl zu nähren verpflichtet sind. Größeren Nutzen für kameradschaftliche Verbindung des zwölften Bundescorps mit den übrigen würde es nach unserem Dafürhalten gewähren, wenn der Bundesfeldherr, sein vertragsmäßiges Recht wohlbedacht gebrauchend aus den sächsischen Regimentern einzelne Offiziere in preussische commandiren wollte, und umgekehrt, damit Gleichförmigkeit in der Dienstpraxis erhalten bleibe und unter den tapfern Männern, welche fortan als Waffenbrüder neben einander stehn sollen, auch persönlich gute Kameradschaft und das herzlichste Vertrauen gefördert werde, welches alle Offizierstische des Bundes verbrüdern soll.

Dem 52. Regiment aber, welches jetzt die Mauern Leipzigs verläßt, wird von der Stadt und den Bürgern warme Anerkennung für musterhafte Haltung unter schwierigen Verhältnissen ausgesprochen; wir vermögen dem Regiment keinen besseren Scheidegruß nachzusenden, als die Versicherung: Offiziere und Mannschaft haben sich in Leipzig ganz und völlig so gehalten, wie Preußen geziem.